

Neue EU-Erweiterungsverhandlungen als teures Placebo

## Macrons Joker

Emmanuel Macron ist immer für eine Überraschung gut. Meist verläßt der französische Präsident dabei nicht den Pfad des guten europäischen Populismus. Für sein Veto gegen die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen gegen Nordmazedonien und Albanien hagelt es aber nun Kritik von allen Seiten. Selbst Ursula von der Leyen und Angela Merkel konnten ihre Verärgerung nur mühsam unterdrücken.

Für das Veto gegen das Nato-Mitglied Albanien, bei dem die Niederlande und Dänemark mit von der Partie waren, gab es mit Blick auf die Asylträge in der EU nur verhaltene Kritik. Im Falle Nordmazedoniens malen die Propagandisten aber den EU-Untergang an die Wand: China und Rußland würden ihren Einfluß nicht nur in der Region ausbauen, sondern ganz Europa destabilisieren. Sie hätten dabei leichtes Spiel, weil Nordmazedoniens EU-Bemühungen nicht belohnt worden seien und jetzt dort wieder die Nationalisten die Oberhand gewinnen würden.



VON HARALD WEYEL

»Große Probleme bei Rechtsstaatlichkeit, Korruption und organisierter Kriminalität.«

Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus: Alle Berichte der Venedig-Kommission sowie zahllose Tagungen und Konferenzen kommen zu dem Ergebnis, daß in allen Ländern des Westbalkans, Nordmazedonien macht da keine Ausnahme, erhebliche Probleme in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Korruption und organisierte Kriminalität existieren. Das Allheilmittel des EU-Beitritts erweist sich insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht als Placebo: Die positiven

Effekte sind im Hinblick auf Ex- und Import sowie Direktinvestitionen längst eingetreten und nur durch noch mehr EU-Geld steigerbar.

Die negativen Effekte, etwa die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften, dürften sich durch einen Beitritt wesentlich verstärken. Zu erwarten wäre weiterhin, kaum daß sich ein nationaler Privatsektor etabliert hat, der Tod der klein- und mittelständischen Unternehmen, weil die Multis einfach besser wissen, wie man das EU-Kohäsionsgeld abgreift, Rumänien ist da ein mahnendes Beispiel.

Die zweifellos vorhandenen Probleme der Infrastruktur im Westbalkan lassen sich auch mittels Investitionen lösen, es müssen nicht immer EU-Subventionen sein.

Im Mai hat die AfD-Bundestagsfraktion den Antrag eingebracht, den Westbalkanstaaten reinen Wein einzuschenken und ihnen keine EU-Perspektive vorzugaukeln. Daß es Macron ist, der den Westbalkan auf den Boden der Tatsachen zurückholt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Der Vorzeigeuropäer Macron hat ganz offensichtlich erkannt, daß der Balkan keine französische Einflußzone mehr ist. Zudem hat Macron nicht vergessen, daß Deutschland seinen EU-Ausbau-Plänen nicht jubelnd gefolgt ist. Die EU-Zukunft des Westbalkans wird ihm dabei als Faustpfand noch gute Dienste leisten.

Prof. Dr. Harald Weyel ist Ökonom und AfD-Obmann im Bundestagsausschuß für die Angelegenheiten der EU.

Die grünen Pläne von Schwarz-Rot erzürnen deutsche Bauern

## Großstadtperspektive

Von Christian Vollradt

Kein Politiker käme auf die Idee, von Volkswagen oder Mercedes zu verlangen, sie müßten ihre Autos so produzieren, wie sie es vor 50 Jahren taten. Und niemand würde zu seinem Arzt oder Zahnarzt gehen und sagen: »Bitte behandeln oder operieren Sie mich mit den Methoden, die zu Zeiten meiner Großeltern bei Patienten angewendet wurden!«

Doch genau solche Maßstäbe sollen für die Landwirtschaft gelten? Politik – auch Agrarpolitik – wird in Städten gemacht, und in der dort lebenden bigotten Bio-Bourgeoisie malt man sich gern ein idyllisches Bild, das mit der Realität auf dem Lande wenig zu tun hat: Der Bauer geht mit Holzpanzern über Hof, melkt seine drei Kühe und zehn Ziegen und bringt anschließend die Milchkannen mit dem 30-PS-Bulldog – töff töff töff – zum Wochenmarkt. Schöne Vorstellung, wenn man „was mit Medien macht“, in die Hände klatscht und „Alexa“ nach der Einkaufsliste für den Bio-supermarkt („Quinoa fehlt noch!“) fragt. Dann kümmert es einen wenig,

wenn zu steigenden Preisen für Böden und Maschinen, zu sinkenden Erlösen für Erzeuger oder dürrebedingten Ernteausfällen noch der Staat kommt: mit immer mehr und ständig neuen regulatorischen Eingriffen. Wer vorgibt, dadurch Bienen zu schützen, bekommt Applaus von allen; die Konsequenzen betreffen schließlich nur wenige – die Landwirte. Verständlich, daß sie nun laut protestieren. Die Union, eingeseift vom Umweltschutzministerium des Koalitionspartners und längst verliebt in die Grünen, läßt die grünen Berufe, als deren Interessenvertreter sie sich einst gerierte und deren Stimmen sie sammelte, links liegen.

Die praxisfernen Auflagen des Agrarpakets machen die deutschen Bauern weniger konkurrenzfähig. Dadurch wird es nicht mehr Ökolandbau à la Großstadtidyll, sondern bloß weniger Bauernhöfe geben. Doch wenn der letzte Trecker in der Scheune verrotet, das letzte Weizenfeld von Disteln übersät ist, werden auch die Christdemokraten merken, daß NGOs weder Wurst noch Bier herstellen.

# Neue politische Spielräume

Infrastruktur: Investitionsfonds auf Kredit – Gesamtstaatlicher Sonderhaushalt abseits der Schuldenbremse?

DIRK MEYER

Viele Diäten scheitern. Warum? Diät bedeutet „Lebensführung“ oder „Lebensweise“. Sie hat mit einer nur zeitweisen Ernährungsstellung zur Gewichtsreduktion wenig gemein. Ähnlich scheint es der nationalen Schuldenbremse zu ergehen. Nach einer zehnjährigen Übergangsphase soll sie 2020 erstmals voll angewendet werden – doch das wird nicht nur von Grünen-, SPD- und Linken-Politikern, dem DGB oder dem gewerkschaftsnahem „Wirtschaftsweisen“ Achim Truger, sondern auch zunehmend von Unternehmervertretern in Frage gestellt.

Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln verlangt sogar einen 450 Milliarden Euro schweren „Investitionsfonds für Deutschland“. Dessen Kernelement ist ein Sondervermögen des Bundes, in das die Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen ausgelagert werden sollen. Der Knackpunkt: Indem diese über neue Kredite abseits des laufenden Bundeshaushaltes finanziert werden, würde die Schuldenbremse umgangen.

## Gute Argumente sprechen dafür

Die Schuldenbremse wurde bislang als Schutz gegen den Überbietungswettbewerb politischer Forderungen angesehen. Aber nur 64 von 120 befragten Wirtschaftswissenschaftlern sprachen sich im 25. Ökonomenpanel von Ifo-Institut und FAZ für die Beibehaltung der Schuldenregel aus. Die IW-Unterstützer bringen jedoch gute Argumente ins Spiel. So würde die „Schwarze Null“ zum Mantra und verhindere die gebotene Flexibilität, gerade bei drohender konjunktureller Abschwächung. Hiervor warnt auch der Sachverständigenrat in seinem Herbstgutachten, betont allerdings eine hinreichend flexible Schuldenbremse.

Da der Bund zur Zeit Kredit zu Negativzinsen erhält – bei einer Million Euro bekommt der Finanzminister 6.000 Euro obendrauf – scheint die Schuldenaufnahme quasi selbstfinanzierend. Zudem hat die bisherige „Diät“ Spielräume eröffnet: Die Schuldenquote ist von 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP; 2010) auf aktuell 59,2 Prozent und so unter die Maastricht-Grenze gesunken. Daß ein erheblicher



VW-Vorstand Thomas Ulbrich bei Inbetriebnahme einer Schnelladesäule an der Autobahnraststätte „Altenburger Land“: Wer entscheidet darüber, was förderungswürdige Zukunftstechnologien sind?

Infrastrukturbedarf besteht, zeigt nicht nur die Statistik mit einem Absinken der investiven Ausgaben am BIP seit 2008 von 2,40 auf 2,15 Prozent (2016). Langsames Internet abseits der Städte oder marode Schulen, Universitäten, Straßen und Brücken sind nur einige Beispiele.

Die Leitidee der Schuldenbremse ist ein ausgeglichenes Budget: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen“, heißt es in Artikel 109 des Grundgesetzes. Ausdrücklich zugelassen wird ein „strukturelles“ Defizit des Bundes von 0,35 Prozent des BIP, das derzeit zwölf Milliarden Euro entspricht. Sodann können die konjunkturellen Etaauswirkungen infolge sinkender oder steigender Steuereinnahmen berücksichtigt werden. Im Boom muß gespart werden, in der Rezession können mehr Kredite aufgenommen werden. Weitere Ausnahmen bestehen bei Naturkatastrophen und Notsituationen außerhalb einer staatlichen Kontrolle.

Wenig bekannt ist das Kontrollkonto der Schuldenbremse, auf dem Abweichungen der tatsächlichen Kreditaufnahme von der zulässigen Kre-

ditobergrenze erfaßt werden (Art. 115 Abs. 2 GG). Abweichend von der bis 2010 angewandten Schuldenregel vermeidet das Kontrollkonto, daß die in der Abschwungphase zusätzlich aufgenommenen Kredite nicht getilgt werden. Für die Jahre 2016 bis 2018 weist dieses Konto einen Überschuß von 40 Milliarden Euro auf. Es wurde mehr gesparr als die Schuldenbremse vorgab.

Zusammen mit dem strukturellen Spielraum von zwölf Milliarden Euro wäre ein zusätzliches Investitionsvolumen in Höhe von 52 Milliarden Euro sofort finanzierbar. IW-Direktor Michael Hüther geht dies nicht weit genug. Der Ökonom schlägt einen Investitionsfonds von 450 Milliarden Euro vor, verteilt auf zehn Jahre à 45 Milliarden Euro. Dies entspricht knapp dem Vierfachen der zwölf-Milliarden-Obergrenze – und das ist eben ein Schattenhaushalt.

## Willkürliche Umgehung der Parlamentskontrolle?

Sonderetats sind Nebenkassen. Sie bedürfen einer besonderen Rechtfertigung, die eine willkürliche Umgehung der ordentlichen Haushalte verhindern soll. Angesichts begrenzter Kassen haben sie Hochkonjunktur, um politische Leithemen wie Klimawandel, demographischer Wandel und Rente sowie die Modernisierung einer in die Jahre gekommenen Infrastruktur materiell mit erheblichen Mitteln auf die Sprünge zu helfen. Beispiele sind der 2011 errichtete Energie- und Klimafonds (EKF) und der ebenfalls diskutierte „Bürgerfonds“ des Ifo-Instituts, der Zinsgewinne aus kreditfinanzierten Aktienkäufen für die Renten zum Ziel hat (JF 23/19).

Die Zweckbindung von Sondervermögen widerspricht dem Gesamtdeckungsprinzip, nach dem sämtliche Einnahmen die gesamten Ausgaben decken müssen. Hintergrund sind die Flexibilität und die Gleichwertigkeit

aller Staatszwecke. Es besteht die Gefahr einer mangelnden Transparenz und Verwendungskontrolle. So schlägt Hüther einen „Investitions- und Innovationsrat“ zur Projektsteuerung vor, dem die Finanzminister aus Bund und Ländern angehören sollen. Dies würde die Parlamente mit ihrem Budgetrecht entmachten. Zudem droht bei einem gesamtstaatlichen Investitionshaushalt das föderative Element zu Lasten der Eigenständigkeit von Ländern und Kommunen Schaden zu nehmen.

Der aus gescheiterten sozialistischen Staatswirtschaften entlehnte „Rätebegriff“ kommt nicht von ungefähr, stellt doch dieses Gremium die zukünftige Machtzentrale einer zentralen Innovations- und Investitionssteuerung dar – Fehlsteuerungen mit eingeschlossen. Es ist eine „Anmaßung von Wissen“ staatlicher Entscheidungsträger, die zielführenden Technologien der Zukunft kennen zu wollen. Ein Beispiel dafür das aktuelle Impulspapier der Grünen „In die Zukunft investieren“ vom 5. September, in dem sie, ähnlich wie das IW, einen Bundesinvestitionsfonds bei Lockerung der Schuldenbremse vorschlagen.

Darin identifiziert die kleinste Oppositionspartei im Bundestag förderungswürdige Technologien wie eine „Ladesäuleninfrastruktur“ und eine „Förderung von E-Mobilität, Forschung an neuer Wasserstoff-Antriebstechnik für die Stahlherzeugung und die chemische Industrie, für die Entwicklung von klimafreundlichen Schiffen, Bahnen, Lastwagen oder Flugzeugen“ sowie „E-Highway-Strecken.“ Aber was passiert, wenn sich Batterieautos als Flop herausstellen? Dann hätte dieser Fonds den Beschleuniger dafür geliefert, daß private, öffentlich geförderte Investoren aufspringen, um neben dem öffentlichen auch noch privates Kapital zu versenken.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

## Investitionsfonds für Deutschland

Die Linken-Bundestagsfraktion will die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz streichen und durch eine Regelung ersetzen, wonach die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten dürfen. Dabei wird unter anderem auf Michael Hüther verwiesen, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), der ebenfalls eine „innovations- und wachstumspolitische Öffnung der Schuldenbremse“ verlangt habe. Konkretisiert wird der 450 Milliarden Euro schwere „Investitionsfonds für

Deutschland“ im aktuellen *IW-Policy Paper* (10/19): „Die Behinderung unternehmerischen Handelns durch mangelhafte oder sogar fehlende Infrastruktur ist vielfach belegt“, sagt das IW. Doch die „zu identifizierenden Investitionsbedarfe“ seien wegen der Schuldenbremse unfinanzierbar. Der Investitionsfonds sei nicht konjunkturell, sondern wachstumspolitisch motiviert. Er würde rechtzeitig kommen, „um konjunkturelle Impulse im Vorfeld einer drohenden Rezession zu geben“.

► iwkoeln.de/studien/iw-policy-papers

## Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin  
Fax: 030-864953-40 · Bestelltelefon: 030-864953-25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:  
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de)

Bestelladresse: Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! Kundennummer (falls zur Hand):

Vorname/Name:

Straße/Nr. (keine Postfach):

PLZ/Ort:

Telefon: E-Mail:

Datum/Unterschrift:

**Datenschutzhinweis:** Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.

**Vertrauensgarantie:** Eine Weitergabe meiner Daten an andere Unternehmen erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter [jfd.de/datenschutz](http://jfd.de/datenschutz).

**Versand:** Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Darunter beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse! EU: EUR 12,-. Übriges Europa EUR 14,-. Welt: EUR 18,-. Bücher sind vom Umsatz ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST

gehen Sie online: [jf-buchdienst.de](http://jf-buchdienst.de)

Thomas Jäger

### Das Ende des amerikanischen Zeitalters

Deutschland und die neue Weltordnung  
Mit Donald Trump endete die Nachkriegsordnung. Und der Westen steht in einer paradoxen Lage. Die USA weisen Führung von sich, wollen aber für die europäische Entwicklung bestimmend bleiben. Die EU sucht nach mehr Eigenständigkeit, bleibt jedoch auf die USA angewiesen.  
192 S., geb.



Best.-Nr.: 94283

EUR 12,00

Oswald Metzger

### Demnächst ohne Auto

Warum unsere Mobilität ohne eigene vier Räder nicht möglich, nicht ökologischer und nicht bezahlbar wäre  
Umweltvertreter, Politiker und Parteien, EU-Gremien: sie alle wollen Auto und Verkehr radikal umbauen, beinahe planwirtschaftlich vorgeben, welche Technik und welche Antriebe in Zukunft noch erlaubt sind. Haben sie wirklich fundierte Argumente? Oder predigen sie eine Ideologie?  
320 S., geb.



Best.-Nr.: 94357

EUR 24,99

James Rickards

### Nach dem Kollaps

Die sieben Geheimnisse des Vermögensverlusts im kommenden Chaos  
James Rickards, einer der renommiertesten Finanzexperten, enthüllt die wahren Risiken, die unser Finanzsystem bedrohen. Aber er wagt auch einen Blick auf die Zeit nach der Krise und teilt seine Investmentgeheimnisse für das Überstehen des Kollapses mit. Sichern Sie sich ab!  
368 S., geb.



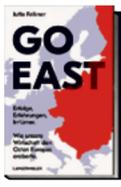
Best.-Nr.: 94352

EUR 24,99

Jutta Falkner

### Go East

Erfolge, Erfahrungen, Irrtümer. Wie unsere Wirtschaft den Osten eroberte  
Mit ihrem wirtschaftlichen Engagement in Osteuropa legten Unternehmen aus Deutschland und Österreich nach 1989 die Grundlagen für politische und gesellschaftliche Veränderungen in den früheren Ostblockstaaten. Scharfsichtig analysiert Jutta Falkner Erfolge und Niederlagen.  
240 S., geb.



Best.-Nr.: 94419

EUR 24,00

Dominik Enste

### Geld für alle

Das bedingungslose Grundeinkommen eine kritische Bilanz  
Das bedingungslose Grundeinkommen soll die Probleme des Sozialstaats lösen. Zugleich gilt es als beste Antwort auf den Arbeitsplatzverlust, der durch die Digitalisierung und die rasante Entwicklung der Künstlichen Intelligenz droht. Doch es weist auch Schwächen auf.  
112 S., Pb.



Best.-Nr.: 94284

EUR 10,00

Marc Friedrich, Matthias Weik

### Der größte Crash aller Zeiten

Wirtschaft, Politik, Gesellschaft. Wie Sie jetzt noch Ihr Geld schützen können  
Seit 2008 ist ein historischer Vertrauensverlust in Finanzwelt, Politik, Medien und Geldsystem zu verzeichnen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer; es drohen massive Steuererhöhungen und Entlohnungen. Wie Sie sich Ihr Geld absichern können, erfahren Sie hier!  
280 S., geb.



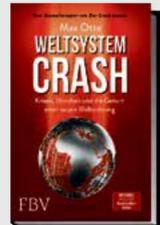
Best.-Nr.: 94353

EUR 20,00

Max Otte

### Weltsystemcrash

Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung



Max Otte hat in seinem Bestseller *Der Crash* kommt die Finanzkrise präzise vorhergesagt. Auch jetzt spricht er Klartext: Die Staatsverschuldung, der Niedergang der USA, der Aufstieg Chinas, Überwachung, Populismus und verfahrenere Migrationspolitik all das gehört zusammen.  
350 S., geb.

Best.-Nr.: 94351

EUR 24,99

Abbildungen können vom Original abweichen!